

23. März 1954

Institut für Zeitgeschichte AFCMIV	
Akt. 4910/71	Best. ZS 2193
Rep.	Kat.

Einschreiben!

Herrn
Rechtsanwalt
Dr. Rudolf A s c h e n a u e r
(3) München 19
Hubertusstr. 27

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!


Vor einiger Zeit erfuhr ich, daß der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Herrn General a. D. Hermann R e i n e c k e, Hamburg 22, Fährhausstr. 12, das Ruhegehalt nach dem G 131 entzogen hat,

Zu dieser Entscheidung kann der Hamburger Senat doch nur gekommen sein, weil man General Reinecke als mit dem West-Vertrag verbunden angesehen hat. Ich kenne Herrn General Reinecke seit 1927, als er in das damalige Reichswehr-Ministerium in die Abt. Fürsorge und Versorgung berufen wurde und habe seit jener Zeit ununterbrochen mit ihm dienstlich und auch menschlich in Verbindung gestanden. Ich selbst war bis Ende Januar 1933 eingeschriebenes Mitglied der SPD. Das hat Herrn General Reinecke niemals abgehalten, mit mir im Interesse der von mir besonders vertretenen Berufsunteroffiziere der Reichswehr und später der Wehrmachtzeit in ständiger Verbindung zu bleiben. Meine Arbeit galt diesem Personenkreis seit meiner Rückkehr aus dem ersten Weltkrieg. In den Jahren von 1927 - 1945 habe ich auch mehrfach persönlich Gelegenheit gehabt, General Reinecke in Gesellschaft kennen und schätzen zu lernen. Aus all dieser meine Kenntnis gebe ich nachstehende Erklärung ab, deren Richtigkeit ich an Eides statt erkläre:

- 1.) General Reinecke war immer weit aufgeschlossen für die Sorgen und Nöte der sozial schwächsten Schicht deutscher Berufssoldaten, also der deutschen Unteroffiziere. Ihm ist es zu danken, daß in der Zeit, in der er verantwortlicher Leiter der Wehrmachtfürsorge- und Versorgungsabteilung im OKW war, durch oft sehr schwierige Verhandlungen mit den anderen Ressorts und der Partei ein Gesetzgebungswork zustande gebracht wurde - das "Wehrmachtfürsorge- und Versorgungsgesetz" - das alle von mir jemals vorgetragenen Wünsche und Forderungen der deutschen Unteroffiziere erfüllte.
- 2.) Am 31.12.1933 wurde ich durch eine Verfügung des damaligen Reichsverbandes der deutschen Presse von der Liste der Schriftleiter gestrichen und erhielt Rede- sowie Schreibverbot wegen "politischer Unzuverlässigkeit". Der damalige Regierungs-Präsident von Bayreuth, später Gauleiter "von Pommern, Schwede-Coburg, der "Bundesführer" des von mir als Geschäftsführer geleiteten "Reichstreubundes ehemaliger Berufssoldaten" war, besprach die Angelegenheit mit dem damaligen Oberst Reinecke. Oberst Reinecke setzte sich energisch dafür ein, daß diese Streichung von der Berufsliste als Schriftleiter rückgängig gemacht wurde. Das ist dann auch geschehen, und Schwede-Coburg hat mir oft erzählt, mit welcher Wärme und Energie sich General Reinecke für den "Sozi Mosbeck" eingesetzt hatte.
- 3.) Besonders merkwürdig und für die politische Einstellung von General Reinecke bezeichnend ist folgendes Vorkommnis: Im Sommer 1934 erging ein Befehl der Partei-Kanzlei, unterschrieben von "Reichsleiter" Bormann, der den Elben meines seit 1874 bestehenden Verbandes in die Partei einordnete. Der "Bundesführer" (Gauleiter) Schwede beauftragte mich mit dem Ausarbeiten der Ausführungsvorschriften. Diesen Auftrag habe ich durch eine als solche nicht erkennbare passive Resistenz nicht ausgeführt.

Die Form der passiven Resistenz war verschiedenartig. Da ich damals Hauptmann im OKW war, bestand eine der Methoden, mit denen ich arbeitete, darin, daß ich oft auf Dienstreisen war. Die damals sehr streng gehandhabte Ausstellung von dazu notwendigen Dienstausweisen bedurfte der Genehmigung von General Reinecke, meinem unmittelbarer Vorgesetzter im OKW war General Lorenz. Dieser General L. hat von General Reinecke im vollen Wissen darum, weshalb ich immer auf Dienstreisen war, die Genehmigung zur Ausstellung der Dienstausweise erhalten. Ich wiederhole nochmals: General Reinecke wußte, daß ich einen Befehl der Partei-Zentrale zu sabotieren versuchte und genehmigte mir trotzdem die Dienstreisen. Auf diese Weise habe ich erreichen können, daß mein Verband bis zum Schluß des Krieges nicht in die Partei eingegliedert wurde, was u.a. dazu führte, daß mein Verband in der langen Liste aufgelöster militärischer Organisationen in der Kontrollrats Direktive 52 nicht aufgeführt ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung !


(Mosbach)